



An
Direktion für Bildung, Soziales und Sport
Präsidialdirektion
Direktion für Finanzen, Personal und Informa-
tik

Sitzung vom 28. April 2005 ro (04. 000383)

SRB Nr. 170

Interfraktionelle Motion SP/JUSO, GFL/EVP, GB/JAI/GPB (Miriam Schwarz/Ruedi Keller, SP/Anna Coninx, GFL/Simon Röthlisberger, JAI!): Jungs brauchen Jobs: Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Der Stadtrat erklärt die nachfolgenden Punkten als erheblich (punktweise Abstimmung)

Der Gemeinderat wird beauftragt zuhanden des Stadtrats zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und ihrer Folgen folgende Massnahmen zu erarbeiten:

1. Analyse der Situation der Jugendlichen bezüglich Beschäftigung, Lehrstellensituation, Arbeitslosigkeit, Fürsorgeleistungen und Armutrisiko. Die Analyse sollte auch stadtteilbezogen gemacht werden, um besondere Risiken zu lokalisieren (siehe Studie der Stadt Basel (55 Ja, 11 Nein)).
2. Konzept zur umfassenden Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und ihrer Folgen mit entsprechender Kreditvorlage zu seiner Umsetzung (48 Ja, 17 Nein 2 Enthaltungen).
3. Für die Stadtverwaltung sind insbesondere folgende Massnahmen vorzusehen (42 Ja, 25 Nein):
 - 3.1. Anbieten von zusätzlichen Lehrstellen in der Stadtverwaltung, ausgegliederten und subventionierten Betrieben, insbesondere in Direktionen und Betrieben, welche bisher wenige Lehrstellen anboten.
 - 3.2. Weiterbeschäftigung von Lernenden über die Lehrzeit hinaus, falls keine Arbeitsstelle gefunden wird, zum Sammeln von Erfahrungen (bis zur Rekrutenschule, sonst während eines weiteren Jahres).
 - 3.3. Anbieten von Praktikumsplätzen für Lehr- und Studienabgängerinnen und -abgänger.
 - 3.4. Erweitern des Auftrags der Jugendarbeit und ihrer Institutionen in Richtung vermehrter Beratung und anderer Angebote zur Integration in die Arbeitswelt. Auf-

nahme der entsprechenden Aufträge in die Leistungsverträge (dazu auch: Bericht zur Situation der Jugendlichen im Stadtteil 3 von Bern).
(55 Ja, 11 Nein)

4. Aufbau von Lehrstellenverbänden von einzelnen Verwaltungsteilen, Institutionen und Firmen, welche allein nicht die gesamte Breite der Ausbildung für eine Lehrstelle abdecken können.
 - 4.1. Die Stadtverwaltung stellt insbesondere Knowhow und Personalressourcen zum Aufbau, zur Koordination und zur Betreuung der Lehrstellenverbände zur Verfügung.
 - 4.2. Diese Ressourcen stellt sie insbesondere auch den Kleinbetrieben der Wirtschaft zur Verfügung.
 - 4.3. Sie fordert dafür die notwendigen Mittel beim Bund (BBT) und Kanton (mba) an.
(66 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltung)
5. In Kontakten mit der Wirtschaft, bei der Ansiedlungspolitik und in der Wirtschaftsförderung sind alle Mittel zur Erhaltung und Schaffung von Lehrstellen und Arbeitsmöglichkeiten für Junge zu nützen (53 Ja, 14 Nein).
6. Bei öffentlichen Beschaffungen (Submission) ist die Ausbildungstätigkeit (Lehrstellen, Praktikumsplätze) als zusätzliches Kriterium für die Vergabe aufzunehmen (39 Ja, 25 Nein, 4 Enthaltungen).
7. Im Kontakt mit dem Kanton und dem Bund ist auf gute Lösungen für das Problem der Jugendarbeitslosigkeit hinzuwirken (59 Ja, 8 Nein).

Namens des Stadtrats
Der 1. Vizepräsident

Der Ratssekretär

Beilagen an BSS
- GRB Nr. 1921 vom 8.12.2004
- Vortrag Nr. 04.000383 vom 8.12.2004

